

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/068(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Montag, 10.02.2014	Jugendamt, Zimmer 403 W.-Höpfner-Ring 4	09:30Uhr	11:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
- 1.1 Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2013
- 2 Antrag Stadelternbeirat zu Kita-Standards
- 3 Informationen zur Finanzierung des Familienzentrums der Brücke –
Magdeburg GmbH im Jahr 2014
- 4 Verschiedenes Info zur Änderung des § 18 - Medizinische
Betreuung - im neuen KiFöG LSA

Nichtöffentliche Sitzung

- 5 Betriebserlaubniserteilung am Beispiel der Kindertagesstätte
„Spielnest“

Anwesend:

Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Müller, Oliver

Borris, Simone

Kanter, Liane

+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, 4 Mitglieder sind anwesend;

Absprachen zur Tagesordnung

Anmeldung unter Verschiedenes

- die Verwaltung meldet Themen im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil an;
- Herr Müller meldet zum Presseartikel „Johanniter und AWO wollen Kitas schließen“ Redebedarf an;
- die erweiterte Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt;

1.1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2013

- es liegen keine Ergänzungen zur Niederschrift vom 09.12.2013 vor;
- die Niederschrift vom 09.12.2013 wird mit dem **Abstimmergebnis 4/0/0** angenommen;

2. Antrag Stadtelternbeirat zu Kita-Standards

- der Antrag des Stadtelternbeirates (StEB) liegt den Mitgliedern vor;
- Herr Schwenke weist darauf hin, dass heute nur ein Verfahrensvorschlag zum Umgang mit dem Antrag erarbeitet werden kann und bitte Frau Sierig, den Antrag noch einmal zu begründen;
- Frau Sierig:
 - o geht auf drei Schwerpunkte, Anpassen der Betriebserlaubnisse (BE), bauliche Richtlinien in Kindertageseinrichtungen in Magdeburg und den Planungsstandard in Kitas, ein
 - o begründet diese, indem sie sich auf Beschlüsse der DS0560/05 bezieht
 - o in der Begründung ihres Antrages (Auszug aus der Juhi-Niederschrift 16.01.2014) muss es heißen, ein Mehrzweckraum bis zu ca. 100 qm sowie Flure ...
 - o prüfen der pädagogischen Nutzfläche, Mobiliar muss auf qm/pro Kind abgerechnet werden
 - o um die Qualität in Tageseinrichtungen zu gewährleisten, scheint eine bauliche Richtlinie unabdingbar zu sein;
- Herr Dr. Gottschalk erläutert:
 - o dass es bezüglich der pädagogischen Nutzfläche keinen Beschluss, sondern nur eine Orientierung/Empfehlung aus dem UA JHP von 2003 gibt
 - o auf dieser Grundlage werden die Betriebserlaubnisse mit einem Verwaltungsakt beschieden
 - o Betriebserlaubnisse können kein Ergebnis einer Arbeitsgruppe (AG) sein, sondern Verwaltungshandeln, müssen Bescheide erteilen

- Flächen für benutzte Tische und Stühle werden von der pädagogischen Nutzfläche nicht abgerechnet, da diese von den Kindern im pädagogischen Alltag beständig benutzt werden
 - auch bauliche RL kann keine AG erarbeiten (Bindungswirkung Finanzierung Land, Kenntnisse Baurecht etc.)
 - erfüllt werden können nur vereinbarte Qualitätsstandards durch Träger der Tagesbetreuung
- dennoch ist Frau Sierig der Meinung, dass eine bauliche Richtlinie benötigt wird und die BE angepasst werden muss, gerade weil das Land keinerlei RL regelt, muss die Stadt handeln;
 - Frau Borris und Frau Pawletko informieren, dass die Verwaltung nach KiFöG § 11 a verpflichtet ist, mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen Qualitätsvereinbarungen abzuschließen, die ab 01.01.2015 in Kraft treten;
 - Frau Pawletko empfiehlt,
 - dass die AG Kita sich mit den Qualitätsvereinbarungen befassen sollte, da diese dafür der richtige Ansprechpartner/das richtige Gremium sei
 - UA- oder Juhi-Mitglieder können dazu eingeladen werden
 - Vorstellung im UA JHP und Juhi
 - Grundlagen zu den Qualitätsvereinbarungen müssen bis Ende des Jahres stehen, da ab Januar die Vereinbarungen/Rahmenverträge mit den Trägern abgeschlossen werden müssen
 - Herr Müller vertritt den Standpunkt, dass zur gesamten Thematik ein Mangel an Kenntnissen besteht, rechtliche Rahmenbedingungen sind nicht bekannt und schlägt deshalb vor, einen offenen Workshop zu organisieren, an dem Interessierte, zuständige Vertreter, Fraktions-, AG-, UA-, Juhi-Mitglieder, Ministerium, STEB, auch verantwortliche anderer Städte u. a. teilnehmen können;
 - Herr Schwenke hat grundsätzlich nichts gegen einen Workshop, ist dennoch dafür, dass die AG Kita das richtige Gremium für die Problematik ist, der Stadelternbeirat sowie Juhi-Mitglieder eingeladen und beteiligt werden können;
 - Herr Müller bleibt dennoch bei seinem Workshop-Vorschlag, da es hier um eine breite Beteiligung geht und er kein fertiges Papier evt., nur als Information vorgestellt bekommen möchte;
 - Frau Borris schlägt diesbezüglich einen Projektplan als Zwischenbericht vor, der eine frühzeitige Einbindung ermöglicht;
 - Frau Sierig spricht sich ebenfalls für einen Workshop aus;
 - Frau Pawletko gibt weiterhin zur Kenntnis,
 - dass die Beteiligung des STEB geregelt ist
 - die AG Kita Anfang März tagen wird
 - eventuell eine UnterAG gebildet werden sollte
 - gucken, an welcher Stelle Politik und Juhi beteiligt werden
 - Herr Müller könnte sich zur Problematik auch einen thematischen UA oder Juhi vorstellen, der über die rechtlichen Rahmenbedingungen aufklärt;
 - Herr Nordmann stellt fest,
 - dass die Struktur hierzu klar geregelt ist,
 - die AG 78 das zuständige Gremium ist,

- die Ergebnisse dem UA JHP vorgestellt werden,
 - eine Empfehlung/Drucksache dem Juhi, bei Bedarf dem Stadtrat übergeben wird
 - vorhandene Struktur ausreichend ist
- Frau Kanter meldet ebenfalls Bedarf über eine Zusammenstellung aller rechtlichen Rahmenbedingungen an;
 - Herr Nordmann ist fassungslos, da auch hier klar geregelt ist, dass die Genehmigung der Betriebserlaubnis für Kita-Einrichtungen Aufgabe der Verwaltung ist
 - außerdem weist er darauf hin, dass Veränderungen (großzügigere pädagogische Nutzflächen) Haushaltsauswirkungen bewirken, über Qualitätsstandards sollte beraten werden;
 - Herr Schwenke fasst zusammen und spricht sich für den Verwaltungsvorschlag, die Thematik der AG Kita im Zusammenhang mit den Qualitätsvereinbarungen zu übergeben;
 - Herr Müller stellt nun seinen Antrag für einen thematischen Jugendhilfeausschuss bzw. für einen Themenblock im Juhi:

Der Jugendhilfeausschuss führt in seiner Aprilsitzung einen ca. 90-minütigen Themenblock zu Kita, Betriebserlaubnisse, bauliche Richtlinien in Kitas und Planungsstandards. Dazu werden Vertreter des Sozialministeriums, Vertreter Landesjugendamt, evt. Vertreter Städte- und Gemeindebund, Vertreter AG Kita eingeladen, um für alle Beteiligten den gleichen Kenntnisstand bezüglich der gesamten Thematik herzustellen.

- Herr Nordmann vertritt die Ansicht, dass ein Themenblock im Juhi den Rahmen sprengt, 90 Minuten nicht genügen, dann eher doch eine gesonderte Arbeitstagung stattfinden sollte;

Herr Schwenke stellt den v. g. Antrag von Herrn Müller zur Abstimmung.
Der Antrag wird mit dem **Abstimmergebnis 2/3/0** abgelehnt.

- Herr Müller merkt an, dass die Thematik auch, wie Herr Nordmann aufgeworfen hatte, in einer gesonderten Tagung durchgeführt werden könnte;
- Frau Pawletko trägt wiederholt den Vorschlag vor, dass die AG Kita eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Rahmen der Projektplanung/Qualitätsvereinbarung, an der interessierte Politiker u. a. teilnehmen können, durchführt;
- der Verfahrensvorschlag muss noch mit der AG Kita abgestimmt werden;
- Herr Schwenke stellt die letztgenannte Verfahrensweise zur Abstimmung:

Die AG Kita organisiert eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Rahmen der Projektplanung/Qualitätsvereinbarung, an der interessierte Politiker, Juhi-Mitglieder, StEB u. a. teilnehmen können.

Der UA JHP wird im Anschluss der Auftaktveranstaltung der AG Kita über Ergebnisse unterrichtet, um anschließend die weitere Verfahrensweise zu beraten.

Es sollen Vertreter des Landesjugendamtes und/oder des Sozialministeriums eingeladen werden.

Abstimmergebnis 5/0/0

3. Informationen zur Finanzierung des Familienzentrums der Brücke – Magdeburg GmbH im Jahr 2014

- den Mitgliedern liegt die schriftliche Information zur Finanzierung des Familienzentrums der Brücke – Magdeburg GmbH im Jahr 2014 - vor;
- Frau Achatzi informiert über die Fortführung des Familienzentrums, über die nochmalige Mitfinanzierung für 2014 durch das Land sowie über die Prüfung des Standortes für das Familienzentrum;
- die Mitglieder nehmen zur Kenntnis, dass der Träger jetzt im Konzept die Zielgruppen der Jugendhilfe (z. B. bildungsferne, ressourcenschwache Familien) mit 25 – 30 % der Gesamtteilnehmerzahl verankert hat (Dokumentationsbogen enthält Rubrik „MD-Pass“) und dass gemäß der Leitlinien das Familienzentrum darüber hinaus auch weiterhin für alle Familien der Stadt Angebote vorhält;
- Herr Schwenke bedankt sich für die Ausführungen, die der UA JHP als Zwischeninfo zur Kenntnis nimmt und erwartet hinsichtlich der Standortfrage des Familienzentrums zeitnah über aktuelle Infos benachrichtigt zu werden;

4. Verschiedenes

Info zur Änderung des § 18 - Medizinische Betreuung - im neuen KiFöG LSA

- den Mitgliedern liegt ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes/Landesjugendamtes S-A schriftlich zur Änderung des § 18 KiFöG LSA vor;
- Frau Pawletko informiert über die Rechtslage des § 18 der ab 01.08.2013 in Kraft getretene KiFöG-Novelle, die für die kommunalen Träger verbindlich sind und bei freien Trägern, wegen der Vertragsfreiheit nur mit Einschränkungen gilt;
- Schreiben liegt allen freien Trägern vor, wird in der nächsten AG Kita aufgerufen diskutiert und ausgewertet;

VST-Artikel Johanniter und AWO wollen Kitas schließen

- Herr Schwenke fragt zum VST-Artikel „Johanniter und AWO wollen Kitas schließen“, wie ernst das Jugendamt die Androhung zur Kita-Schließung einschätzt?
- Frau Borris und Frau Pawletko informieren, dass mit beiden Träger regelmäßige Gespräche geführt wurden und der Artikel von Trägerseite bedauert wird;
- Herr Dr. Gottschalk informiert, dass die AWO planmäßig zum 31.07.2015 den Standort „Bummi“ aufgeben kann, die Kinder vollständig in das Gebäude Kannenstieg I ziehen;
- Gespräche mit dem Träger Johanniter ebenfalls laufen, aus Sicht der Betriebserlaubnis keine Schließung droht, beide Träger äußern hinsichtlich der erfolgten öffentlichen Behandlung ihr Bedauern;
- in dem Zusammenhang bittet Herr Müller um den Stand zur Beschlusslage Kita Nordwest, wann wurde beschlossen, dass die Kita saniert wird;

Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut

- Frau Pawletko informiert über die 5. Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut unter dem Titel "Chancengleichheit von Anfang an - Bildung macht die Kinder froh und Chancengleichheit ebenso" am 26.02.2014 im Rathaus;

ESF-Programm

- Frau Achatzi informiert:
 - o die LH MD beteiligt sich im I. Quartal 2014 am Interessenbekundungsverfahren zum ESF-Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ - dieses Programm fordert eine stärkere kommunale Verankerung, Koordinierung und Steuerung der Maßnahmen, um damit eine möglichst kohärente Förderung junger Menschen "aus einer Hand" zu erreichen (Bewerbung ist nur durch Kommune möglich);
 - o wenn Magdeburg zur Antragstellung aufgefordert wird, ist eine umfangreiche konzeptionelle Arbeit unter Einbeziehung der freien Träger notwendig – es können nur neue und innovative Angebote für die Zielgruppen des § 13 SGB VIII beantragt werden;
 - o dagegen steht, dass wir viele bewährte Angebote haben und diese ab 2016 durch den Wegfall von Fördermitteln nicht gesichert werden können (z.B. die Schulsozialarbeit Wegfall BuT-Förderung oder „JuKoMa“ Wegfall ESF-Förderung);

Weiterhin erarbeitet das Land MAS derzeit eine Förderrichtlinie für das ESF-Programm „Regionales Übergangsmanagement in Sachsen-Anhalt (RÜMSA)“. Hierfür ist ein Interessenbekundungsverfahren für das IV. Quartal 2014 geplant. Antragsteller können hier ebenfalls nur die Kommunen sein. Eine Förderung ist in zwei Handlungssäulen geplant:

1. Aufbau und Etablierung einer funktionierenden rechtskreisübergreifenden Kooperations- und Unterstützungsstruktur zwischen Agentur für Arbeit, LH MD und Jobcenter (Ziel: One-Stop-Government)
2. Förderung von Projekten freier und kommunaler Träger für regional identifizierte Unterstützungsbedarfe – in diesem Bereich kann es zu einer Überschneidung mit dem o. g. ESF-Programm „JUGEND STÄRKEN“ kommen.

Das MAS setzt darüber hinaus das ESF-Programm „Zukunftschance assistierte Ausbildung“ um. Hier haben sich verschiedene freie Träger der LH MD am Antragsverfahren beteiligt.

- Herr Dr. Gottschalk informiert, dass zum ESF-Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ Träger der Jugendsozialarbeit angeschrieben wurden und hofft, dass die Träger darauf reagieren
- Herr Schwenke bedankt sich für die Info und hofft auf gutes Gelingen;

Info Wahl Vorstand Stadtteilerbeirat

- Frau Pawletko informiert über die im November stattgefundenene Wahl des Stadtteilerbeirates, die laut KiFöG alle zwei Jahre durchgeführt werden muss;
- umfangreiche Vorbereitung, 130 Einrichtungen wurden angeschrieben, 47 Personen waren anwesend;
- der Vorstand wurde mit 12 Mitgliedern (6 Frauen, 6 Männer) gewählt, 1. Vorsitzende Frau Sierig, 2. Vorsitzender Herr Schüler
- Frau Sierig und Herr Schüler wurden in den Juhi entsandt

Terminabsprache

- der nächste UA JHP ist am 06.03.2014, um 10:00 Uhr im JA;
- Herr Schwenke stellt die Nichtöffentlichkeit her;

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

*Wigbert Schwenke
Vorsitzender*

*Iris Kiuntke
Schriftführerin*